

Hamburg, 7. April 2022

Auch die Rentnerinnen und Rentner müssen bei den Entlastungen für die Energiekosten berücksichtigt werden – Benachteiligung beenden!

Der Landes-Seniorenbeirat Hamburg, die Interessenvertretung der Generation 60+, weist auf eine große Gerechtigkeitslücke bei den jüngsten Beschlüssen der Bundesregierung, einen Ausgleich für die stark steigenden Energiepreise zu schaffen, hin. Die einmalige Zahlung von 300 Euro sollen nur Erwerbstätige erhalten. Wer Rente bezieht, geht leer aus.

Ausgelöst durch Krieg und Pandemie erleben wir derzeit anhaltend steigende Preise für Energie- und Lebenshaltungskosten. Laut Statistischem Bundesamt sind die Verbraucherpreise im März im Vergleich zum Vorjahresmonat um 7,3 Prozent gestiegen. Lebensmittel verteuerten sich um 6,5 Prozent, Haushaltsenergie und Kraftstoffe waren 39,5 Prozent teurer als vor einem Jahr. Die Preissteigerungen belasten besonders stark Haushalte mit geringen Einkommen, die davon einen deutlich größeren Anteil für Nahrung und Heizung aufbringen müssen.

Am 24. März hat die Bundesregierung das Energiekosten-Entlastungspaket beschlossen. Ältere Menschen werden von der wesentlichen Regelung der 300-Euro-Gutschrift ausgeschlossen, die nur Einkommensteuerpflichtige über ihren Steuerbescheid erhalten sollen. Bei Rentenbezug gibt es keine entsprechende Entlastung. Besonders bei kleinen Renten wäre ein Zuschuss wichtig und nur gerecht. Zudem ist man in Rente tagsüber zu Hause und hat dadurch zumeist höhere Kosten für Strom und Heizung. Lediglich wer Grundsicherung im Alter bezieht, profitiert als alter Mensch – wie alle Empfänger/-innen von Sozialleistungen – von den zusätzlich zum zuvor beschlossenen 100-Euro-Zuschuss von einer weiteren Einmalzahlung von 100 Euro.

Die Regelungen des Entlastungspakets zu den Mobilitätskosten, die der Landes-Seniorenbeirat im Grundsatz sehr begrüßt, kommen bei näherer Betrachtung ebenfalls vor allem den Berufstätigen zugute. Die kräftige Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe für drei Monate – bei Benzin um 30 Cent je Liter – ist für beruflich bedingte Vielfahrer und bereits für die tägliche Fahrt zur Arbeitsstelle vorteilhaft. Auf das Vierteljahr, in dem es 9-Euro-Monatstickets für den HVV für alle geben wird, freut sich Hamburgs Seniorenvertretung schon. Allein, auch hier wird die finanzielle Entlastung für die Älteren deutlich bescheidener ausfallen – nur 9 Euro für Senioren-Monatskarte und auch für die Vollzeit-Card einer Berufstätigen, die aus Norderstedt in die City pendelt. Die Ersparnis ist sehr verschieden. Und wer gesundheitlich sehr eingeschränkt ist, benutzt den HVV oft gar nicht – dafür wird die Heizung höher gestellt. Aber hier gibt es keine Hilfe des Staates.

/ Fortsetzung auf Seite 2

DIE UNABHÄNGIGE INTERESSENVERTRETUNG DER ÄLTEREN GENERATION

Landes-Seniorenbeirat Hamburg | PRESSEKONTAKT: Anke Fischer-Limbach
Brandstwiete 1 | 20457 Hamburg | TELEFON: 040-42837-1934
E-MAIL: lsb@lsb-hamburg.de | INTERNET: www.lsb-hamburg.de

Seite 2

Der Landes-Seniorenbeirat ist der Auffassung, dass das „Entlastungspaket“ die Rentnerinnen und Rentner einseitig benachteiligt. Auch laut Steuerzahlerbund erhalten sie keinen echten Zuschuss. Um eine Entlastung zu bewirken, halten die Wohlfahrtsverbände einen Aufschlag auf die Rente, der direkt ausgezahlt wird, für angemessen. Die Regierung trägt mit ihrem Paket nicht dazu bei, die sich verschärfende Armut und insbesondere die Altersarmut in Deutschland abzumildern.

Der LSB findet es irreführend, Rentnerinnen und Rentner mit dem Hinweis auf die hohe aktuelle Rentenerhöhung von Teilen des Entlastungspaketes auszunehmen. In einer Modellrechnung kommt der Rentenbericht 2021 der Bundesregierung zu dem Ergebnis, dass die Renten bis zum Jahr 2035 durchschnittlich gerademal um 2,3 Prozent pro Jahr steigen.

Der Landes-Seniorenbeirat schlägt vor und appelliert:

Der LSB bittet die Vertreter der Länder und insbesondere den Hamburger Senat, bei ihrer Beratung im Bundesrat ihre Einflussmöglichkeiten zu nutzen, um auf gerechtere Regelungen der finanziellen Entlastung hinzuwirken.

Der LSB unterstützt den Vorschlag der Diakonie, ein einfaches und praktikables Instrument zu schaffen, das in Krisensituationen greift: Für Leistungsberechtigte in der Grundsicherung, beim Bezug von Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Wohngeld und Kinderzuschlag sowie im Asylbewerberleistungsgesetz muss im Sozialgesetzbuch ein Zuschlag für soziale Notlagen festgeschrieben werden. Der Bundestag entscheidet über eine Notlage und legt die Höhe einer Pauschale für Leistungsberechtigte – z.B. monatlich 100 Euro begrenzt auf ein halbes Jahr – fest. Damit entfällt die Notwendigkeit, in jeder Krise aufs Neue über eine Notlösung für die Ärmsten zu beraten, die jeweils neu gesetzlich geregelt werden muss.

Der LSB unterstützt den Appell des Umweltbundesamtes (UBA) an die Autofahrenden, weniger und langsamer zu fahren und damit deutlich sparsamer mit Energie umzugehen. Damit können sofort Einsparungen erreicht werden. Wir plädieren dafür, ein Tempolimit einzuführen.

Der LSB fordert die Hamburger Abgeordneten im Deutschen Bundestag auf, zusätzlich zu den beiden bereits beschlossenen Entlastungspaketen noch einmal nachzulegen, um die Belastungen vor allem für Haushalte mit niedrigen bis mittleren Einkommen abzufedern und soziale Härten zu vermeiden. Der LSB appelliert an die Verantwortlichen in der Politik: Bitte überwinden Sie die Gerechtigkeitslücke für die ältere Generation.

DIE UNABHÄNGIGE INTERESSENVERTRETUNG DER ÄLTEREN GENERATION

Landes-Seniorenbeirat Hamburg | PRESSEKONTAKT: Anke Fischer-Limbach
Brandstwiete 1 | 20457 Hamburg | TELEFON: 040-42837-1934
E-MAIL: lsb@lsb-hamburg.de | INTERNET: www.lsb-hamburg.de